

■ Als General Musharraf wenige Tage nach dem terroristischen Anschlag vom 11. September kurzentschlossen die Zustimmung zu einer engen Zusammenarbeit mit den USA gab, waren viele internationale Beobachter überrascht. Sie sahen darin eine Abkehr von der bishe-

rigen Politik des Präsidenten. Politiker im Westen und besonders in den USA, aber auch in Indien, hatten bisher angenommen, daß er den islamistischen Kräften Pakistans nahe stehe. Dabei stützten sie sich auf sein Vorgehen im sogenannten Kargil-Konflikt in Kaschmir vom Mai

1999.¹ Damals hatte er als Oberbefehlshaber der pakistanischen Armee die Verantwortung für den Einsatz pakistanischer Freischärler und regulärer Militärs im indisch kontrollierten Teil Kaschmirs getragen.

Als Indiz für Musharafs pro-islamistische Haltung diente die Un-

terstützung, die er bei seiner Machtübernahme im Oktober 1999 von solchen Generälen erhalten hatte, die für ihre persönlichen Beziehungen zum islamistischen Lager bekannt waren.

Pakistans Gratwanderung

Das aktive Eingreifen und die Loyalität der Generäle hatten die Machtübernahme Musharafs erst möglich gemacht. Seine Haltung ist jedoch weniger als Ausdruck einer islamistischen Politik zu verstehen denn als Fortsetzung der langjährigen nationalistischen Orientierung, die sich vor allem der Stärkung eines muslimischen Pakistans gegenüber dem mächtigen indischen Nachbarn und der inneren Konsolidierung verpflichtet sieht.

Musharafs Ausgangsposition Musharraf hatte bei seiner Machtübernahme zunächst keine programmatischen Absichten. Unmittelbarer Auslöser für den Militärputsch waren die Folgen der Kargil-Krise gewesen, für die Verantwortliche gesucht wurden. Die Regierung von Nawaz Sharif bestritt jegliche Teilnahme oder vorherige Kenntnis und überließ es der Militärführung, in der Öffentlichkeit dafür geradestehen. Dieser Absicht sollte Armeechef Musharraf durch seine Absetzung geopfert werden, dem er durch seinen Militärputsch zuvorkam.

Mit der Ausübung der Regierungsverantwortung konfrontiert, stellte Musharraf bald fest, daß sich sowohl die Staatsfinanzen als auch die innen- und außenpolitische Stabilität in einer tiefen Krise befanden. Offensichtlich erkannte er, daß diese Probleme nur mit strukturellen Reformen zu lösen seien. Dabei waren seine Reformabsichten von seiner militärischen Sicht der Dinge geprägt. Die innenpolitische Krise war zu einem Problem der nationalen Sicherheit geworden. Pakistan konnte seine angestrebte Rolle als islamisches Musterland in Südasiens unter diesen Umständen kaum spielen, es drohte sogar zu zerfallen. Dieser innere Klärungsprozeß spiegelte sich in der langwierigen Formierung

seiner technokratischen Regierung wider. In diese nahm Musharraf zur Überraschung vieler Beobachter zahlreiche Vertreter liberaler und reformorientierter Ansichten auf. Das rief seit Dezember 1999 den wachsenden Widerstand der religiösen Parteien und Jihad-Organisationen hervor, die ihn zunächst als Verbündeten betrachtet hatten und ihn nun des Verrats ziehen. Ausgebildet als Kommandeur von Spezialeinheiten war er eng in die Vorbereitung verdeckter Aktivitäten in Afghanistan und Kaschmir eingebunden gewesen. Die Ausbreitung extremistischer religiöser Gewalt in Pakistan, die stellenweise bürgerkriegsähnlichen Charakter annahm, bedrohte jedoch zunehmend den Bestand Pakistans. Jetzt hatte für Musharraf die Aufgabe Vorrang, das Funktionieren des pakistanischen Staatswesens zu sichern.

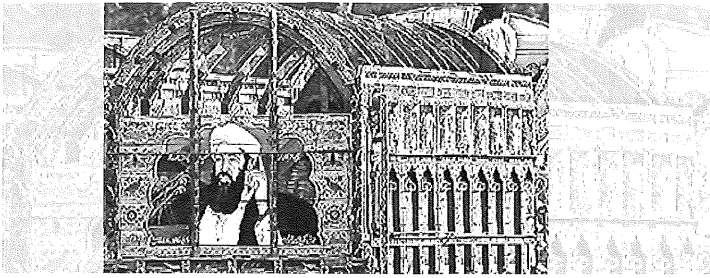
Gründe für die Zusammenarbeit

Musharafs Entschluß, mit den USA zu kooperieren, wurde von verschiedenen praktischen und konzeptionellen Faktoren bestimmt. Zunächst ließen die USA Musharraf keine große Wahl bei seiner Entscheidung. Mit einem Ultimatum durch US-Außenminister Collin Powell konfrontiert, mußte der General mit erheblichen negativen Konsequenzen bei einer Ablehnung der Zusammenarbeit rechnen. Pakistan befürchtete, daß die USA dann auch Pakistan zum Ziel ihrer Angriffe in der Anti-Terrorkampagne machen würden. Schläge gegen Ausbildungseinrichtungen von Jihad-Gruppen auf pakistanischem Territorium konnten nicht ausgeschlossen werden. Das betraf u.a. den sensiblen Bereich der Auseinandersetzung in Kaschmir, wo sich offensichtlich auf pakistanisch-kontrolliertem Gebiet zahlreiche Ausbildungslager für Freischärler befanden.

Auch die Infrastruktur des pakistanischen Nuklearprogramms stand auf dem Spiel. Wiederholt wurden Schläge gegen strategische Ziele in Pakistan befürchtet. Von weit größerer Tragweite wäre aber eine Aufwertung Indiens durch eine militärische Zusammenarbeit mit den USA gewesen. Pakistan hätte sich dann zwei feindlichen Fronten gegenüber gesehen, den militärischen Aktionen in Afghanistan und den Ansprüchen Indiens in Kaschmir. Auf beiden Seiten wären die USA gegen Pakistan engagiert gewesen – eine dramatische Perspektive angesichts der Tatsache, daß die USA einmal ein enger Verbündeter Pakistans waren.²

Gleichzeitig erhoffte sich Musharraf finanzielle Zugeständnisse seitens der USA, um Pakistans Zahlungsfähigkeit und Leistungsbilanz zu verbessern. Pakistan war mit erheblichen Schulden belastet, deren Rückzahlung seinen Handlungsspielraum massiv einschränkte. Auch hier erwartete es Entlastung. Die Wiederaufnahme der Militärhilfe seitens der USA war ebenfalls ein lohnendes und wichtiges Ziel. Sie sollte Pakistans Stellung gegenüber Indien wieder stärken.

Die Erwartungen Pakistans Um negative Auswirkungen hinsichtlich seiner innenpolitischen Ziele zu vermeiden, bemühte sich Musharraf geschickt, konkrete Bedingungen für eine Zusammenarbeit auszuhandeln. Damit sollten bestimmte Kernbereiche der pakistanischen Politik von einem beherrschenden Einfluß der USA abgeschirmt werden. Aus der Zusammenarbeit wurden bestimmte militärische Einrichtungen und geographische Regionen ausgenommen, in denen sich Nukleareinrichtungen und andere strategische Ziele befanden und die von ame-



rikanischen Flugzeugen nicht überfliegen werden dürfen. Im Gegenzug erklärte sich Pakistan bereit, seine Nukleareinrichtungen besser zu schützen. Ein Teil der Sprengköpfe wurde verlegt, eine neue Kommandostruktur unter Einbeziehung engster persönlicher Vertrauter von Musharraf sollte den Einfluß islamistischer Militärs ausschließen.³

Musharraf hoffte weiter, Pakistans Aktivitäten in Kaschmir aus der Kooperation rauszuhalten. Die USA sollten dazu gebracht werden, die in oder gegen Kaschmir operierenden Gruppen nicht anzugreifen. Pakistans Positionen in der Kaschmirfrage sollten nicht beschädigt werden. Die USA wollte man für ein Engagement als Vermittler gewinnen, was Indiens Vorbehalte gegen jegliche äußere Vermittlungsversuche unterlaufen würde.

Eine weitere wichtige Bedingung Pakistans war, daß die Wirtschaftshilfe einen angemessenen Umfang haben und zu einem echten Mittelzufluß beitragen müsse. Eingedenk der langwierigen Auseinandersetzung um die USA-Hilfe im ersten Afghanistan-Krieg nach 1978 wollte Pakistan nicht mit Kleinigkeiten abgespeist werden. Die Hilfe soll auch den Ausfall der Einnahmen Pakistans durch den Konflikt ausgleichen und es Pakistan langfristig ermöglichen, strukturelle Veränderungen seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, darunter besonders auch im Bildungsbereich, durchzusetzen.

Gleichzeitig verlangte Musharraf Rücksichtnahme auf die innenpolitische Lage Pakistans. Musharraf wollte die Unterstützung der USA weitgehend auf logistische Dienstleistungen und den Austausch militärischer Informationen beschränken und sprach sich

gegen den Einsatz amerikanischer Bodentruppen von pakistanischem Territorium aus; gleichzeitig wurde der Einsatz pakistanischer Streitkräfte zur Unterstützung der USA in Afghanistan ausgeschlossen. Die USA sollten auch keinen regulären Militärstützpunkt mit den damit verbundenen exterritorialen Rechten in Pakistan erhalten. Die historischen Erfahrungen aus der Zeit des Kalten Krieges damit waren so negativ, daß die Öffentlichkeit darauf besonders sensibel reagierte. So hoffte man, einen halbwegs akzeptablen Kompromiß zu erzielen. Der sollte es Pakistan erlauben, gegenüber der Öffentlichkeit zu erklären, es sei an der Kriegführung gegen Afghanistan nicht direkt beteiligt.⁴

Pakistans Lage war auch dadurch besonders prekär, daß es einen Krieg gegen einen ehemaligen Verbündeten, die Taliban, unterstützen mußte. Zudem standen hinter den Taliban auf pakistanischem Territorium die Sympathien der Anhänger religiöser Parteien und vieler Paschtunenstämme.⁵

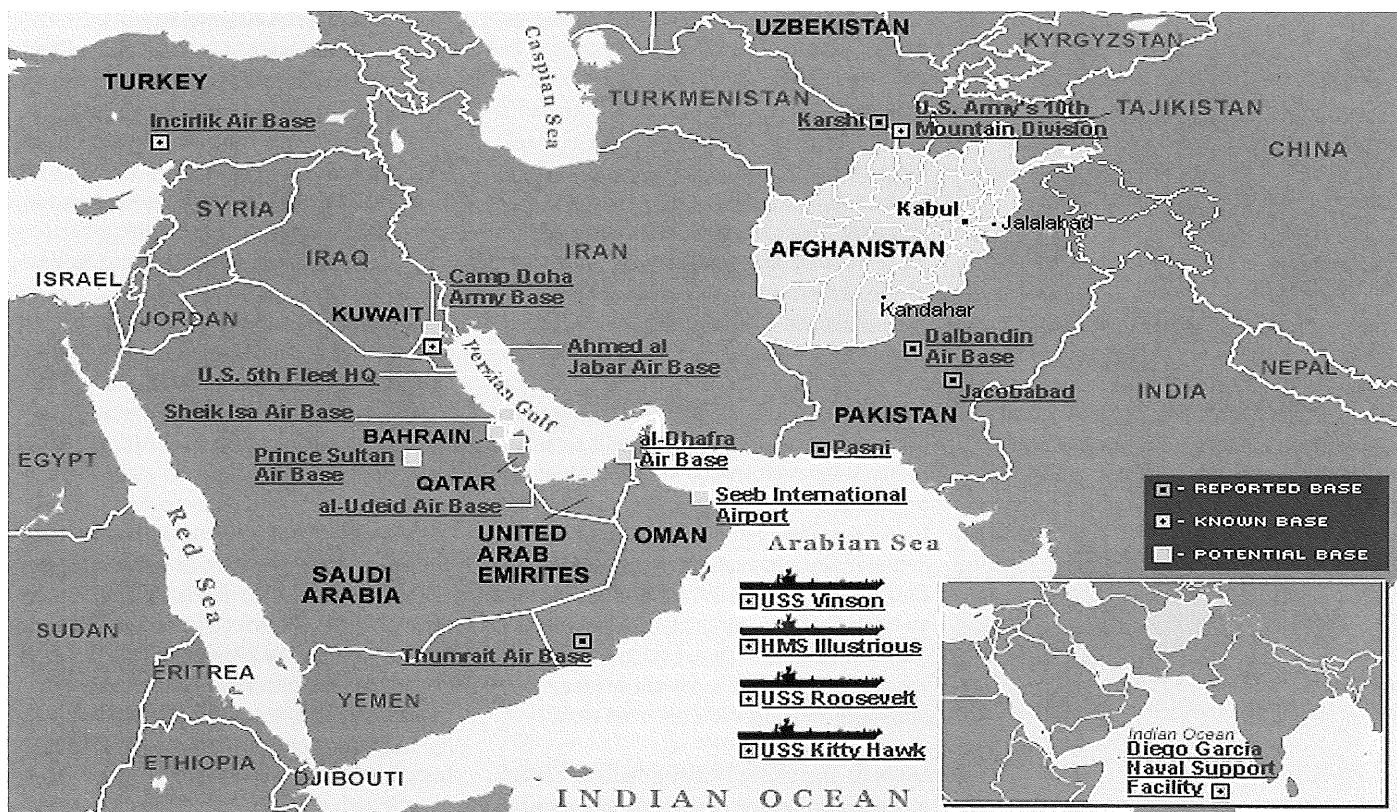
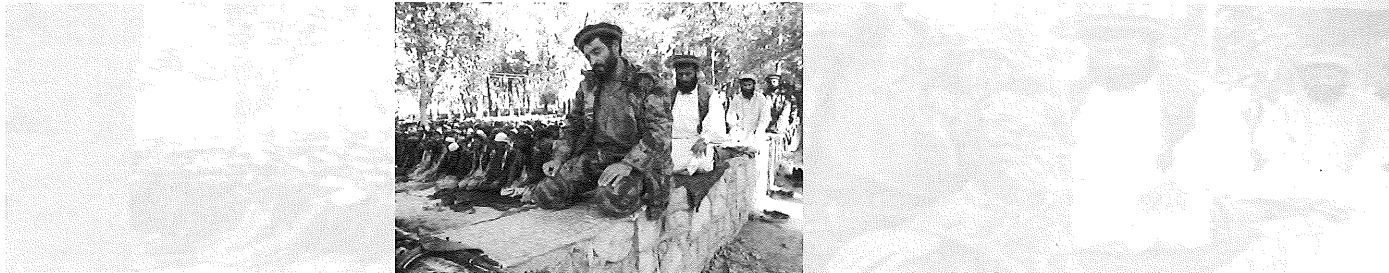
Der Umstand, daß die Paschtunen etwa zur Hälfte in Pakistan und in Afghanistan siedeln, hat in der Vergangenheit immer wieder zu Forderungen nach einem Groß-Paschtunistan geführt, das auf die Abtrennung der Paschtunengebiete von Pakistan abzielte. Umgekehrt hat Pakistan in den letzten Jahren Teile Afghanistans unter seine De-facto-Kontrolle gebracht. Aus diesen Gründen war Pakistan besonders daran interessiert, zumindest einen Teil der hinter den Taliban stehenden Paschtunen-Stämme in eine Nachkriegsregelung zu integrieren. Vor allem galt es, einen uneingeschränkten Sieg der Nordallianz zu verhindern, da sie auch von Indien Unterstützung erhielt. Pakistan befürchtete

eine erneute Zweifronten-Situation, in der es sich Indien und seinem Stellvertretern an zwei konfliktbeladenen Grenzen gegenüber sieht, in Kaschmir und Afghanistan.

Pakistans Militärs ließen sich in ihrer Unterstützung für die Taliban weniger von religiösen als von strategischen Erwägungen leiten. Ihnen ging es langfristig um die Erschließung des muslimisch geprägten Hinterlands gegenüber Indien. Der Zugang zu Zentralasien sollte Pakistan strategische Tiefe geben,⁶ die bislang fehlte und angeblich die Kriegsführung Indiens in den bisherigen militärischen Konflikten begünstigt hatte. Die Willkürherrschaft der afghanischen Warlords nach dem Abzug der sowjetischen Truppen hatte diese Erschließung jedoch unmöglich gemacht. Die Taliban waren erstmals öffentlich in Aktion getreten, als sie einen pakistanischen Lastwagenkonvoi befreiten, der mit Handelswaren nach Zentralasien unterwegs war und für den afghanische Warlords Lösegeld erpressen wollten.

Die Erwartungen der USA Die USA erhoffen sich, langfristig Einfluß auf Entwicklungsprogramme von Massenvernichtungswaffen in Pakistan zu gewinnen. Gleichzeitig sind die USA offensichtlich bereit, für eine gewisse Zeit die Realität nuklearer Potenzen in Pakistan hinzunehmen und damit auch zu legitimieren. Nahziel ist es jetzt, diese sicherer zu machen und nachhaltig dem Zugriff oder der Kontrolle durch islamistische Kräfte innerhalb der Armee oder von außerhalb zu entziehen.

Offensichtlich sind die USA auch bereit, langfristig zur Stabilisierung Pakistans beizutragen, um die Ausbreitung des militanten Isla-



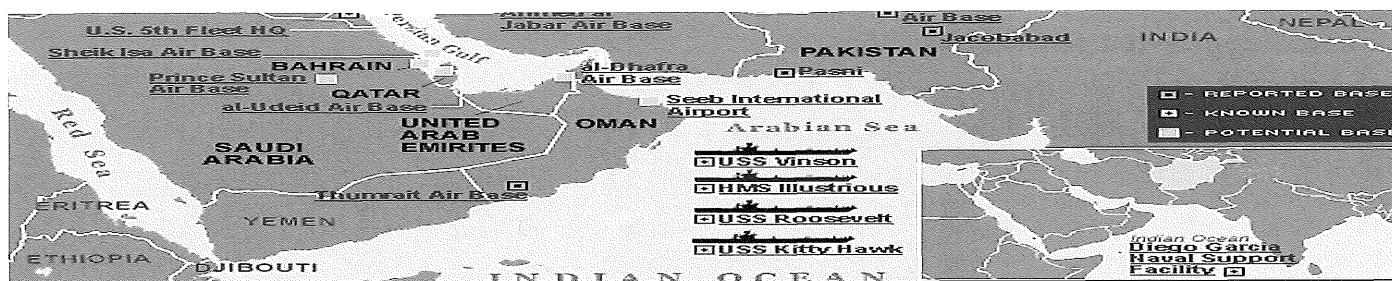
US-Stützpunkte

CNN-Website

mismus im Lande selbst sowie nach Zentral- und Westasien hin zu unterbinden. Offensichtlich gibt es auch strategische Überlegungen, Pakistan zusammen mit Saudi-Arabien und der Türkei in einen neuen strategischen Konsensus in der Region einzubinden, um den Islamismus zurückzudrängen. Dieses Vorhaben der konservativen Republikaner wird jedoch auch in den USA selbst als unrealistisch kritisiert, vor allem wegen der autoritären politischen Verhältnisse in allen drei Ländern.

Das Hauptanliegen der Bush-Administration bestand jedoch darin, Pakistan als Aufmarschgebiet für den Afghanistan-Konflikt zu gewinnen. Man war sich im klaren, daß sich ohne die Kooperation Pakistans praktische Hindernisse aufturn würden, die nur schwer oder mit extrem großem Aufwand zu überwinden waren. Praktisch gab es auch für die USA keine echte Alternative zu einer umfangreichen Zusammenarbeit mit Pakistan, wenn man den Einsatz in Afghanistan erfolgreich abschließen wollte.

Das regionale Umfeld Nach dem Erfolg der Nordallianz in Afghanistan sind einige Kommentatoren der Meinung, daß Pakistans Strategie gescheitert ist.⁷ Das ist nur zum Teil richtig. Zum einen gab es für Pakistan keine wirkliche Alternative zur Zusammenarbeit. Hätten sich die USA statt dessen hauptsächlich auf Indien gestützt, wäre das Ungleichgewicht in der Region noch weit größer geworden. Pakistan hätte damit rechnen müssen, als Förderer des Terrorismus zum „Schurkenstaat“ degradiert zu werden.



Die Folgen weiterer internationaler Isolation hätten durchaus den Zusammenbruch der politischen Ordnung in Pakistan provozieren können. Für die Musharraf-Administration trug die Kooperation mit den USA und ihr mehr oder weniger erfolgreicher Verlauf zu einer deutlichen Stabilisierung bei.

Vor allem innenpolitisch ist Musharraf gegenüber der religiösen Rechten in die Offensive gekommen. Er hat diesen Kräften nicht nur standgehalten, sondern auch deutlich gemacht, daß ihr Einfluß begrenzt ist. Damit haben sich auch die Bedingungen zur Durchsetzung seiner innenpolitischen Reformen verbessert. Dazu zählen vor allem die Reform des Steuersystems, die Verbesserung des Bildungssystems, eine staatlich gestützte Modernisierung der Madrasa-Ausbildung, die Einsammlung illegaler Waffen, die Bekämpfung der Drogenmafia, die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung durch die Wahl von Stadträten sowie die – allerdings umstrittene – Reform des Wahlrechts.

Musharraf hat die Gelegenheit genutzt, um sich von mehreren Generalen zu trennen, die enge Verbindungen zu islamistischen Kräften unterhalten. Er wird zwangsläufig auch sein Verhältnis zu den radikalen islamischen Gruppen überdenken müssen, die in Kaschmir agieren, da deren Intervention im religiösen Sektenkonflikt in Pakistan sowie ihr Engagement in Afghanistan und in Indien zusammenhängen. Wenn Musharraf die neuen Verbindungen zu den USA nicht aufs Spiel setzen will – und bisher deutet alles darauf hin –, dann muß er sich auf diese Neuorientierung einstellen. Damit würden sich die Voraussetzungen für eine Bewegung im Kaschmir-Konflikt verbessern, obwohl es zur Zeit

nicht den Anschein hat. Gegenwärtig hat Indien in Kaschmir den Druck auf Pakistan und seine verbündeten Kräfte deutlich erhöht. Indien will nicht zulassen, daß der Afghanistan-Krieg beendet wird, ohne daß Pakistans Rolle im Kaschmirkonflikt beleuchtet wird. Sind die USA ihrerseits an längerfristiger Stabilität in der Region interessiert, müssen sie sich als nächstes stärker dem Kaschmirkonflikt zuwenden. Beim Agra-Gipfel zwischen Indien und Pakistan schien ein Kompromiß schon in greifbarer Nähe gerückt zu sein. Er läuft im Kern darauf hinaus, daß Pakistan die Möglichkeiten für die Intervention von Freischärlern in Kaschmir reduziert, Indien seine militärische und Sicherheitspräsenz dort zurücknimmt und ein politischer Dialog zwischen den Kaschmiris auf beiden Seiten in Gang kommt. Nach der jüngsten Entwicklung braucht Pakistans Führung nicht mehr zu fürchten, durch einen Kompromiß in der Kaschmirfrage von der religiösen Rechten entmachtet zu werden, obwohl sie dennoch mit heftigem Widerstand rechnen muß.

Sollte in Afghanistan die Nordallianz bestimmenden Einfluß auf eine Nachkriegsregelung erhalten, muß dies nicht zwangsläufig zu gespannten Beziehungen mit Pakistan führen. Auch aus afghanischer Sicht ist die Verflechtung mit Pakistan zu eng, als daß sich eine afghanische Regierung solche Spannungen auf Dauer leisten kann. Darauf deutet bereits die sehr schnelle Wiederaufnahme der Kontakte zwischen Pakistan und Burhanuddin Rabbani von der Nordallianz hin.⁸ In jedem Fall würde eine Beruhigung der Lage in Afghanistan auch Pakistan stabilisieren und die Grundlagen extremistischer Kräfte untergraben, die von Afghanistan aus bisher auch Pakistan zu schaffen machten.

Die pakistanische Atompolitik Die Nuklearpolitik Pakistans wird vermutlich im Ergebnis der Entwicklung über kurz oder lang erneut unter Druck geraten. Die Ereignisse haben den USA die Brisanz der Proliferation von Massenvernichtungswaffen nochmals vor Augen geführt. Die Bush-Administration wird daher wohl zu der stärker restriktiven Haltung der Clinton-Administration zurückkehren müssen und nach Wegen suchen, die Nuklearpotentiale in Südasien zu eliminieren oder verlässlich zu kontrollieren. Die Dringlichkeit dieses Anliegens wurde auch durch die vermutete Kooperation ehemaliger pakistanischer Nuklearwissenschaftler mit *al-Qaida* und den Taliban unterstrichen.⁹

Wenn auch die äußeren Umstände für Pakistan damit teilweise besser geworden sind, kann die innere Entwicklung doch noch eine dauerhafte Verbesserung der Lage verhindern. Es besteht die Gefahr, daß die Stabilisierung des Musharraf-Regimes dazu beiträgt, dessen Enthusiasmus hinsichtlich der inneren Reformprojekte erheblich zu reduzieren. Insbesondere könnte Musharraf verleitet werden, für sich eine ständige Interventionsrolle in der pakistanischen Politik zu beanspruchen. Schon jetzt hat er erklärt, daß er auch nach Durchführung von Neuwahlen 2002 als Präsident im Amt bleiben will. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich Musharraf und die Armee entschließen, auch künftig die politischen Verhältnisse zu manipulieren. Sollte der General versuchen, eine Präsidentenpartei zu schaffen, wofür es einige Anzeichen gibt, würde der politische Prozeß erneut stark belastet. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß die US-Administration ihren regionalpolitischen Zielen zur Terrorismusbekämpfung Vorrang einräumen und die Fortdauer autori-



tärer Verhältnisse in Pakistan dafür in Kauf nehmen. Eine solche Entwicklung würde Musharraf zum Präsidenten von amerikanischen Gnaden machen und mit großer Wahrscheinlichkeit eine breite Oppositionsbewegung ins Leben rufen, die dann auch wieder die islamistischen Kräfte ins Spiel bringen und ihnen neue Legitimität verleihen würde. Schon jetzt positioniert sich Benazir Bhutto von der Volkspartei bei Interviews in Indien mit massiver Kritik am Militärregime.¹⁰ Eine nachhaltige Stabilisierung der Lage muß daher auch die Öffnung der politischen Verhältnisse und den etappenweisen Rückzug der Armee aus der Politik einschließen.

Sollten die USA nach einem relativ schnellen Erfolg in Afghanistan letztlich ihr Stabilisierungsprogramm für Pakistan wieder aufgeben, würde dies den zentrifugalen Kräften massiven Aufschwung geben. Deutschland hat sich im Rahmen der alliierten Kräfte bemüht, durch stärkere ökonomische und politische Zusammenarbeit Pakistans Position weiter zu stärken. Wie die Durchführung der Afghanistan-Konferenz in Bonn zeigt, genießt Deutschland in der Region nach wie vor hohen moralischen Kredit. Es sollte sich nicht nur im Falle Afghanistans, sondern auch bei Pakistan zur Aufgabe machen, bei den USA und den anderen Verbündeten auf eine Nachhaltigkeit der stabilitätsorientierten politischen und ökonomischen Strategien zu dringen. Das Afghanistan-Problem ist langfristig nur zu lösen, wenn auch Pakistan nicht mit den Folgen des Afghanistan-Krieges wieder alleingelassen wird.

Dietrich Reetz,

Humboldt-Universität/Zentrum Moderner Orient, Berlin.

- 1 Im Mai und Juni 1999 hatten Freischärler und offenbar auch reguläre Einheiten der pakistanischen Armee eine vorgeschobene Bergposition in der Nähe der Ortschaft Kargil im indisch-kontrollierten Teil von Kaschmir nahe der Grenze zur pakistanischen Kontrolllinie besetzt. Nach mehrwöchigen intensiven Feuergefechten mit der indischen Armee und einer Intervention der USA unter direkter Beteiligung von Präsident Clinton mußte sich Pakistan unter grossen Verlusten zurückziehen.
- 2 Vgl. die Interviews von Maleeha Lodhi, Pakistans Botschafterin in den USA, in: News, Karatschi, 22.09.01.
- 3 Vgl. Molly Moore, Kamran Khan, Musharraf Says Arsenal Is Now Secure, in: Washington Post, 11. November 2001.
- 4 Vgl. die Stellungnahme des *Pakistan-Afghanistan Defence Council* der religiösen Kräfte, geleitet von Maulana Sami-ul-Haq, in: News, Karatschi, 16. September 2001.
- 5 Nach wahrscheinlich zutreffenden Angaben von Musharraf sind die Anhänger der religiösen Rechten in Pakistan auf ca. 10 bis 15 % der Bevölkerung zu schätzen. Die Paschtunen stellen etwa 8 bis 10 % der pakistanischen Bevölkerung. Beide Gruppen überlappen sich z.T.
- 6 Vgl. Dietrich Reetz: Pakistan and the Central Asia Hinterland Option: the Race for Regional Security and Development. In: *Journal of South Asian and Middle Eastern Studies*, Vol. 17, No. 1, Fall 1993, S. 28-56; und idem, *Islamic Activism in Central Asia and the Pakistan Factor*. Ibid., Vol. XXIII, No. 1, Fall 1999, S. 1-37.
- 7 Vgl. z.B. das Interview mit dem französischen Afghanistan-Experten Olivier Roy: Les talibans ne sont pas des guérilleros, c'est un mouvement urbain, in: *Le Monde*, Paris, 17. November 2001.
- 8 News, 27. und 28. November 2001.
- 9 Two retired Nuclear Scientists admit to meeting Osama bin Laden, in: *Dawn*, 12. November 2001.
- 10 *Hindustan Times*, 30. November 2001.

Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten

inamo

Heft 29 - Frühjahr 2002

Die ökonomische und politische Lage in der Türkei

Albrecht Metzger

Der Himmel ist für Gott, der Staat für uns

Islamismus zwischen Gewalt und Demokratie

Lamuv

Lamuv-Verlag ISBN 3-88977-569-1
e-mail: lamuv@t-online.de